

Ihre Adresse

Mitglied des Deutschen Bundestages

Frau Vorname Nachname / Herr Vorname Nachname

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

XX. März 2021

Lieferkettengesetz: Für mehr unternehmerische Realität und den Schutz von KMU

Sehr geehrte Frau XXX / Sehr geehrter Herr XXX,

ich wende mich mit folgendem Anliegen an Sie als meinen Abgeordneten im Wahlkreis XXX.

In den nächsten Wochen wird der Bundestag über den Kabinettsentwurf für ein Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten beraten. Dieser Entwurf geht leider an jeglicher Realität von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) vorbei. Ich bin daher über die Auswirkungen, die dieses Gesetz in der vorliegenden Form haben könnte, äußerst besorgt und möchte dies im Folgenden näher ausführen.

Wie Sie wissen, ist der deutsche Mittelstand der Job- und Wirtschaftsmotor Deutschlands. Dennoch gesteht der Gesetzesentwurf nur mittelbare Auswirkungen auf KMU zu. Dies ist aber nicht zutreffend, wenn das Gesetz auf die gesamte Wertschöpfungskette – von der Beschaffung von Rohstoffen über Dienstleistungen bis hin zu den Endkunden – und auch die mittelbaren Zulieferer abzielt. Das Gesetz erfasst damit alle Wirtschaftsbeteiligte von jeder Größe und auf jeder Stufe. In der Realität ist dies jedoch nicht umsetzbar. Kein Unternehmen kann hinsichtlich seiner Sorgfaltspflicht Einfluss auf mittelbare Geschäftspartner und deren Geschäftspraktiken nehmen. Dies ist allein schon aufgrund der Vielzahl an involvierten Unternehmen nicht möglich und würde das Gesetzesvorhaben zu einem teuren Bürokratiemonster mutieren lassen. Bestenfalls kann die menschenrechtliche Sorgfalt in der ersten Zuliefererstufe, also Tier 1, auf Basis einer Vertragsbeziehung umgesetzt werden. Solche direkten Vertragsbeziehungen zu umgehen, wie es der Gesetzesentwurf mit der Weitergabeklausel vorsieht, stellt zudem einen direkten Eingriff in unsere unternehmerische Vertragsfreiheit dar. Hiermit fordert und fördert der Gesetzgeber den Spill-over-Effekt, bei dem die großen Unternehmen ihre Pflichten an uns kleinere Geschäftspartner eins zu eins weiterreichen. Am Ende schultern also die KMU die Sorgfaltspflichten, die das Gesetz eigentlich für Unternehmen mit mehr als 3.000 bzw. 1.000 Mitarbeitern vorsieht. Möchte die Politik wirklich, dass angesichts dieser Last die KMU den Rückzug aus Schwellen- und Entwicklungsländern antreten oder gar ganz zusammenbrechen?

Ergänzen Sie an dieser Stelle gerne konkrete Auswirkungen auf ihr Unternehmen.

Ein Gesetz von diesem Umfang weiter voranzubringen, ohne der wirtschaftlichen Perspektive genügend Rechnung zu tragen, ist für Deutschland als Wirtschaftsstandort mehr als nur verantwortungslos. Ich bitte Sie daher: Unterstützen Sie uns in unserer Forderung nach mehr unternehmerischer Realität im Lieferkettengesetz und setzen Sie sich im Sinne des Wohlstands Deutschlands für den Schutz deutscher KMU ein!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Name

ggf. Ihre Funktion

ggf. Ihre Organisation